

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**Staatshaushaltsplan 2013/2014
Einzelplan 02: Staatsministerium**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I.

1. Kap. 0201 – Staatsministerium

	2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 547 80 Sachaufwand		
<i>statt</i>	50,0	50,0
<i>zu setzen</i>	100,0	50,0

im Übrigen Kapitel 0201 zuzustimmen.

2. Kap. 0202 – Allgemeine Bewilligungen

Tit. 685 70 Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen		
<i>statt</i>	900,0	900,0
<i>zu setzen</i>	1.000,0	1.000,0

im Übrigen Kapitel 0202 zuzustimmen.

3. Kap. 0203 – Staatsgerichtshof

zuzustimmen.

4. Kap. 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

zuzustimmen.

Ausgegeben: 05. 12. 2012

1

5. Kap. 0205 – Landeszentrale für politische Bildung

	2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 531 02 Für die Sacharbeit der Landeszentrale für Politische Bildung		
<i>statt</i>	847,2	847,2
<i>zu setzen</i>	877,2	877,2
und die Erläuterung um folgende Ziffer 6 zu ergänzen und die Summe auf 877,2 Tsd. EUR anzupassen:		
„Erläuterung:		
Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	
6. Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus	30,0	
zus.	877,2.“	

im Übrigen Kapitel 0205 zuzustimmen.

6. Kap. 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg

zuzustimmen.

II. Festzustellen:

1. Der demokratische Rechtsstaat lebt vom Mitdenken und Mittun seiner Bürgerinnen und Bürger. Der Landtag von Baden-Württemberg bekräftigt die hohe Bedeutung, die der politischen Bildung zur Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zukommt.
2. Der Landtag anerkennt die wichtige Aufgabe und die wertvollen Beiträge, die die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg seit vielen Jahren mit hohem Sachverstand und Engagement und in guter Zusammenarbeit partnerschaftlich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen leistet.
3. Der Landtag erachtet die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale als eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Erfüllung ihrer Ziele und sieht in der Landeszentrale eine Garantin für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildung.
4. Der Landtag begrüßt die Überlegungen der Landesregierung, zur Stärkung der Landeszentrale und zur Vertiefung ihrer demokratischen Verwurzelung im politischen Diskurs die Verantwortung für die Landeszentrale in den Geschäftsbereich des Landtags zu übertragen. Er geht davon aus, dass die erforderliche Umsetzung von Mitteln und Stellen gemäß § 50 Landeshaushaltsordnung im Haushaltsvollzug erfolgt.

III. Die Landesregierung zu ersuchen,

im engen Dialog mit der Verwaltung des Landtags und unter Einbindung des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung die notwendigen Schritte für einen Wechsel der Verantwortung für die Landeszentrale vom Staatsministerium in den Geschäftsbereich des Landtags vorzubereiten.

IV. Kenntnis zu nehmen:

Von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. November 2012 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 15/2630, soweit diese den Einzelplan 02 berührt.

21. 11. 2012

Der Berichterstatter:

Claus Paal

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Einzelplan 02 – Staatsministerium des Staatshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2013/2014 in seiner 23. Sitzung am 21. November 2012 beraten.

In die Beratungen einbezogen wurde auch das Kapitel 1212 – Sammelansätze – mit dem Titel 531 03 – Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg.

Beratungsunterlage bei Einzelplan 02 – Staatsministerium – war weiterhin die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. November 2012 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten, Drucksache 15/2630, soweit sie den Einzelplan 02 berührt, von der der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft Kenntnis genommen hat.

Die zu der Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge 02/1 bis 02/5 und der Entschließungsantrag 02/6 sind diesem Bericht beigelegt (*vgl. Anlagen*).

Der Vorsitzende ruft Einzelplan 02 – Staatsministerium – auf und erteilt dem Berichterstatter das Wort.

Der Berichterstatter trägt vor, Einzelplan 02 umfasse 2013 ein Volumen von rund 48,8 Millionen € und beinhalte einen Zuschussbedarf von 46,5 Millionen €. 2014 liege das Volumen bei 45,7 Millionen € und der Zuschussbedarf bei 43,5 Millionen €. 2014 würden das Volumen und der Zuschussbedarf nahezu den Werten von 2012 entsprechen. Der Personalbestand steige 2013 und 2014 gegenüber 2012 von insgesamt 337,5 Stellen auf 351,5 Stellen.

Der Einzelplan 02 umfasse die Bereiche Staatsministerium, die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, die Landeszentrale für politische Bildung, die Führungsakademie Baden-Württemberg und den Staatsgerichtshof.

Am maßgeblichsten in Einzelplan 02 seien die Ausgaben für Personal. Dies werde gefolgt von sächlichen Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionsausgaben. Geprägt werde der vorliegende Entwurf des Einzelplans 02 vor allem von der Etatisierung für zusätzliche Sach- und Abordnungsmittel sowie für Stellen in Zusammenhang mit dem Umzug bzw. der Renovierung des Staatsministeriums, der Übernahme des Vorsitzes in der Ministerpräsidentenkonferenz, der Durchführung eines innovationspolitischen Kongresses 2014, der Fortführung der Initiative „Kindermedienland Baden-Württemberg“ und der Ausrichtung zentraler Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2013.

Kapitel 0201 – Staatsministerium – weise 2013 einen Zuschussbedarf von 22,2 Millionen € und 2014 von 21,4 Millionen € aus. Kapitel 0201 stelle somit das größte Kapitel des Einzelplans dar und werde von den Personalausgaben mit rund 16,7 Millionen € geprägt. Die sächlichen Verwaltungsausgaben lägen bei 4,1 Millionen € im Jahr 2013 und knapp 4 Millionen € im Jahr 2014. Die Mittel in Titel 511 01 – Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – beliefen sich durch den Umzug bzw. die Renovierung der Dienstgebäude auf 430 000 €, für Dienstleistungen auf 200 000 €, für Investitionen auf 840 000 € und für die IuK auf 1,79 Millionen € und stiegen gegenüber 2012. Außerdem gebe es den Zugang einer Beamtenstelle der Besoldungsgruppe A 13 mit k.w.-Vermerk mit Wegfall der Aufgabe.

Letztlich gehe es u. a. um die Vorsorge für Möblierungs- und Umzugsmaßnahmen, die notwendigen Investitionen in die PC- und Kommunikationstechnik, die Einrichtung einer Kindertagesstätte und die Aufwertung von Kucheneinrichtungen.

In Titel 547 76 – Sachaufwand – würden 350 000 € für 2013 und 300 000 € für 2014 veranschlagt. Dies diene der Wahrnehmung des Vorsitzes der Konferenz der Ministerpräsidenten. Erforderlich sei die Ausrichtung von zwei großen Jahreskonferenzen mit Kosten für Räumlichkeiten, Programm und den Übernachtungen. Weiter gebe es reguläre Gremiensitzungen und die entsprechende Repräsentations- und Öffentlichkeitsarbeit. Dafür erfolge ein Zugang von drei Beamtenstellen der Besoldungsgruppen A 15, A 14 und A 12 sowie einer Arbeitnehmerstelle nach E 9. Alle diese Stellen hätten den k.w.-Vermerk 31. Dezember 2015.

In Titelgruppe 81 würden im Jahr 2014 300 000 € zur Ausrichtung eines wirtschafts- und innovationspolitischen Kongresses im ersten Halbjahr 2014 veranschlagt. Der Kongress solle die Vorreiterrolle Baden-Württembergs im Bereich nachhaltiges und innovatives Wirtschaften aufzeigen und unterstreichen. Die Mittel dienen der Anmietung von Räumlichkeiten und Veranstaltungstechnik, dem Engagement von Referenten und der Bewerbung und Bewirtung des Kongresses.

In Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen – weise Titelgruppe 82 – Zur Ausrichtung der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit – 2013 einen Zuschuss von 12,9 Millionen € und 2014 von rund 10,7 Millionen € aus.

In Titel 531 03 – Internetauftritt der Landesregierung – würden 400 000 € zur Weiterentwicklung und Pflege des Internetauftritts etatisiert. Neben der technischen und inhaltlichen Fortentwicklung und Aktualisierung sollten vor allem mit der Präsenz in den sozialen Netzwerken YouTube, Twitter und Facebook die Reichweite der PR-Arbeit gesteigert und neue Wege des Dialogs mit den Bürgern besprochen werden.

Die in Titel 686 02 – Zuschuss zur finanziellen Unterstützung der Gedenkstätte Gurs – veranschlagten Mittel in Höhe von 120 000 € dienen der Bewahrung der Erinnerung an die von den Nationalsozialisten nach Gurs in Südfrankreich deportierten Juden aus Baden und der Erhaltung und Pflege dortiger Grabstätten jüdischer Deportierter.

In Titel 685 70 – Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen – erhöhe sich der Ansatz auf 900 000 €. Es gehe dabei um Mittel für den Ausbau entwicklungspolitischer Aktivitäten im Rahmen der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und einer verstärkten Förderung von Entwicklungshilfeprojekten in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Komplettiert werde dies durch den Zugang von drei Beamtenstellen der Besoldungsgruppen A 14, A 13 und A 11 aus dem Geschäftsbereich des früheren Wirtschaftsministeriums.

In Titelgruppe 81 – Zur Fortführung der Initiative Kindermedienland – würden 1 Million € zur Förderung von Projekten zur Medienkompetenz etatisiert. Ziel sei, das Thema Medienbildung im Land nachhaltig zu verankern und flächendeckende Angebote für alle Bürger, insbesondere Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte, im Bereich der Medienpädagogik zu schaffen. Mit diesen Mitteln würden die während der letzten drei Jahre getätigten Mittel für Medienkompetenzprojekte aus Mitteln der Zukunftsoffensive von rund 650 000 € verstetigt bzw. ausgebaut.

In Titelgruppe 82 – Zur Ausrichtung der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit – würden 2013 2 Millionen € zur Ausrichtung der zentralen Feierlichkeiten und des Bürgerfests rund um den 3. Oktober in Stuttgart etatisiert. Das zur Vorbereitung und Abwicklung erforderliche Personal sei hausintern rekrutiert worden bzw. solle im Wege zusätzlicher Abordnungen bereitgestellt werden.

In Kapitel 0203 – Staatsgerichtshof – würden die Mittel 2013 um 250 000 € und 2014 um weitere 25 000 € aufgestockt. Ursächlich seien die Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde und die damit nötige personelle Aufstockung. Dies umfasse auch die Schaffung von 1,5 Stellen für die Geschäftsstelle und eine Abordnung von zwei Richtern.

Kapitel 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union – werde mit einem Volumen von rund 5,6 Millionen € moderat fortgeschrieben. Auf Personalausgaben entfielen 4,1 Millionen € und auf sächliche Verwaltungsausgaben 1,4 Millionen €.

In Kapitel 0205 – Landeszentrale für politische Bildung – erfolge eine Änderung der Gesamtausgaben. Die Gesamtausgaben 2013 und 2014 betragen jeweils 5,7 Millionen € gegenüber knapp 5,9 Millionen € 2012. Auch hierbei stellten die Personalausgaben mit jeweils 3,46 Millionen € den größten Ausgabenblock dar. Dazu hätten alle Fraktionen den Entschließungsantrag 02/6 eingebracht.

Kapitel 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg – weise bei einem Volumen von knapp 1,8 Millionen € einen reduzierten Zuschuss von 1,4 Millionen € aus. Dies erfolge in Orientierung an der Wirtschaftsplanung der Führungsakademie für die Jahre 2013 und 2014.

Die Gesamtzahl der Stellen des Einzelplans 02 steige 2013 und 2014 gegenüber 2012 um 14 Stellen auf 351,5 Stellen. Die Stellenzugänge resultierten aus der er-

währten Geschäftsführung der Ministerpräsidentenkonferenz, die vier Stellen mit k.w.-Vermerk zum 31. Dezember 2015 umfassten, der Schaffung von zwei Beamtenstellen zur Betreuung der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur mit dem k.w.-Vermerk 2017, der erwähnten Übertragung von drei Beamtenstellen aus dem Haushalt des ehemaligen Wirtschaftsministeriums durch den Übergang der Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit, aus der angesprochenen Neustelle zur Betreuung des Umzugs und des Umbaus des Staatsministeriums mit einem k.w.-Vermerk mit Wegfall der Aufgabe, aus zwei neuen Arbeitnehmerstellen in der Landesvertretung Brüssel, aus den genannten 1,5 Beamtenstellen für die Geschäftsstelle des Staatsgerichtshofs, einer Arbeitnehmerstelle in der Landesvertretung Berlin und 0,5 Arbeitnehmerstellen in der Landeszentrale zur Mitbetreuung des freiwilligen ökologischen Jahrs. Eine Stelle falle weg.

Zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – Titel 531 03 – Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg – legt er dar, dort werde der Haushaltsansatz 2013 gegenüber 2012 um 355 000 € reduziert. 2014 erfolge eine weitere Reduzierung um 700 000 €. Die Haushaltsmittel umfassten 2013 3,8 Millionen €. Davon sollten 3 Millionen € für die seit 1999 laufende Werbe- und Sympathiekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ verwendet werden, 155 000 € als Landeszuschuss für die Heimattage Baden-Württemberg 2013 im Neckarerlebnistal, 200 000 € für die Präsentation des Landes am Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart und 445 000 € für die Durchführung und Beteiligung an weiteren Veranstaltungen wie z. B. der Nobelpreisträgerfahrt zur Insel Mainau.

2014 umfassten die Haushaltsmittel 3,1 Millionen €. Davon sollten 2,7 Millionen € für die Kampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“, 155 000 € als Landeszuschuss für die Heimattage in Waiblingen und 245 000 € für die Durchführung von und die Beteiligung an weiteren Veranstaltungen der Werbe- und Sympathiekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ aufgewandt werden.

Diese Kampagne verfolge das Ziel, systematisch für die Vorzüge des Landes Baden-Württemberg als wirtschaftsstarke und technologisch hoch entwickelte Region mit hoher Lebensqualität zu werben. In den Jahren 2013 und 2014 solle die in Zusammenarbeit mit der Agentur Zum Goldenen Hirschen begonnene Neujustierung dieser Kampagne fortgesetzt werden. Eckpunkte seien eine Konzentration der Kampagne auf jüngere Führungs- und Fachkräfte sowie High Potentials, eine Ausrichtung der Werbemaßnahmen auf das familiäre und persönliche Umfeld dieser Zielgruppe, eine klare Zielrichtung nach außerhalb des Landes, die gezielte Vermittlung von Botschaften, die bei einem Umzug ins Land tatsächlich relevant seien, die mediale Anpassung an die jüngere Zielgruppe, die stärkere Nutzung von Online-, Social-Media- und Mobilmedien und eine Fokussierung aller Werbemaßnahmen auf das zentrale Informationsportal www.bw-jetzt.de. Besonderes Augenmerk solle ferner auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Standortagenturen des Landes, regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderern, Hochschulen, Landesministerien und Partnern aus der freien Wirtschaft gelegt werden.

Die Heimattage Baden-Württemberg fänden seit über 30 Jahren in jährlichem Wechsel in einer anderen Stadt bzw. Region des Landes statt. Austragungsort sei 2013 das Neckarerlebnistal und 2014 Waiblingen.

Das Landesmarketing bezuschusse die Heimattage mit 155 000 € und unterstütze darüber hinaus aus seinen Veranstaltungsmitteln den im Rahmen der Heimattage stattfindenden Baden-Württemberg-Tag.

Die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart 2013 stellten eine hervorragende Gelegenheit dar, für Baden-Württemberg zu werben und insbesondere die Beziehungen des Landes zu Deutschland und zur Deutschen Einheit hervorzuheben. Ergänzend zu den offiziellen Aktivitäten solle daher gezielt Landesmarketing betrieben werden. Zielgruppen stellten die Besucher der Veranstaltungen am 2. und 3. Oktober, die Bevölkerung Baden-Württembergs und die Bevölkerung im restlichen Deutschland dar.

Weiter würden für 2013 und 2014 die Nobelpreisträgerschiffahrt zur Insel Mainau, der Baden-Württemberg-Tag an den Heimattagen, das SWR-Sommerfestival auf dem Stuttgarter Schlossplatz mit thematischem Schwerpunkt „Tag der Deutschen Einheit“, der Platz des guten Geschmacks, die ART VINUM zum

letzten Mal und „ECHT GUT! – Das Ehrenamt in Baden-Württemberg“ geplant. Für 2014 plane das Landesmarketing nach dem jetzigen Stand wiederum die Nobelpreisträgerschiffahrt zur Insel Mainau, den Baden-Württemberg-Tag und „ECHT GUT! – Das Ehrenamt in Baden-Württemberg“.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters tritt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in die Einzelberatung ein.

Zunächst nimmt der Ausschuss von der Mitteilung Drucksache 15/2630, soweit sie den Einzelplan 02 – Staatsministerium berührt, Kenntnis.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU merkt zu dieser Mitteilung an, Rechnungshof und Landesregierung hätten die Informationen in einer öffentlichen und in einer vertraulichen Übersicht dargestellt, was deutlich transparenter sei als in der Vergangenheit. Daher gehe er davon aus, dass sich zu den in der Mitteilung dargelegten Punkten kaum Fragen stellten.

Kapitel 0201

Staatsministerium

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU zeigt auf, in Titel 526 79 – Kosten für Sachverständige – und Titel 546 79 – Sonstiger Sachaufwand – würden die Ansätze gegenüber 2012 um 55 000 € bzw. um 95 000 € erhöht. Er bittet um nähere Auskünfte zu dieser deutlichen Steigerung.

Ein Vertreter des Staatsministeriums antwortet, die beiden Titel bezögen sich auf die Kosten für die Ausstattung der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung. Diese plane vielfältige neue Projekte und Beteiligungsplattformen vom Internet bis zu verschiedenen Veranstaltungen direkt mit den Bürgern. Dafür bedürfe es einer entsprechenden Unterstützung.

Ein anderer Abgeordneter der Fraktion der CDU bringt vor, der Haushaltsansatz in Titel 685 80 – Zuschüsse zur Förderung von Projekten – werde von 750 000 € auf 400 000 € herabgesetzt. Ihn interessiere, ob der Grund hierfür eine allgemeine Sparmaßnahme darstelle, oder ob spezielle Gründe für die Senkung dieser Ansätze vorlägen. Dieser Haushaltsposten umfasse auch die Mittel für die wichtige Donauraumstrategie.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten erklärt, im Rahmen der Einsparbemühungen der Landesregierung würden die Ansätze in diesem Titel gesenkt. Allerdings bestünden deutlich bessere Möglichkeiten, Kofinanzierungsmittel abzurufen, sei es z. B. von der Europäischen Union oder der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Trotz des reduzierten Ansatzes bestehe die Möglichkeit, die Projekte ähnlich wie im laufenden Jahr fortzusetzen.

Der letztgenannte Abgeordnete der Fraktion der CDU fragt nach, ob die gesamten Aktivitäten auf dem Niveau von 2012 blieben und somit nur Einsparungen bei den Mitteln des Landes erfolgten.

Der Minister äußert, noch könne nicht mit hundertprozentiger Sicherheit gesagt werden, dass Baden-Württemberg alle Kofinanzierungsmittel wie geplant erhalte. Es würden lediglich die originären Mittel des Landes gesenkt. Auf der Grundlage der bisher geführten Gespräche gehe er davon aus, dass das Niveau der Aktivitäten bei der Donauraumstrategie gehalten werden könne.

Eine Abgeordnete der Fraktion der SPD begründet den Antrag 02/1 damit, dass die Informationskampagne „Danube River Show“ im Rahmen der wichtigen Donauraumstrategie gefördert werden solle. Sie finde es nicht ganz glücklich, eine Informationskampagne „Show“ zu nennen, aber im Rahmen dieser Informationskampagne fänden verschiedene wichtige Veranstaltungen statt.

Der erstgenannte Abgeordnete der Fraktion der CDU erklärt, seine Fraktion lehne den vorliegenden Antrag ab, und zwar nicht deshalb, weil sie die Donauraumstrategie nicht gutheißen würde, sondern weil die im vorliegenden Antrag geforderten Mittel in Titel 685 80 – Zuschuss zur Förderung von Projekten – hätten

veranschlagt werden sollen; stattdessen sei der Haushaltsansatz in Titel 685 80 sogar gekürzt worden.

Dem Antrag 02/1 wird mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0201 wird mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU merkt an, in Titel 125 76 – Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb der Vertretung des Landes bei der EU – würden für die Jahre 2013 und 2014 keine Mittel veranschlagt. 2010 und 2011 hätten die Einnahmen 215 000 € und 160 000 € betragen. Er wolle wissen, ob das Land seine Räumlichkeiten künftig nicht mehr vermieten oder verpachten wolle.

Ein Vertreter des Staatsministeriums erklärt, auch in den letzten Jahren seien bei dem angesprochenen Titel keine Mittel veranschlagt worden, da die Zahl der Übernachtungen und Veranstaltungen im Voraus nicht bekannt gewesen sei. Bei den von seinem Vorredner erwähnten Beträgen handle es sich um die tatsächlichen Einnahmen 2011 und 2010. Er bejaht die Nachfrage des Abgeordneten der Fraktion der CDU, ob dies auch für Titel 124 76 – Einnahmen aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung – gelte.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU erläutert, somit gebe es keine Rückführung bei der Vermietung oder Verpachtung. Die Räumlichkeiten in Brüssel würden Dritten in gleichem Umfang wie bisher zur Verfügung gestellt.

Der Vertreter des Staatsministeriums bestätigt dies.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU äußert, der Ansatz in Titel 685 70 – Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen – sei von 710 000 € auf 900 000 € deutlich erhöht worden. Bereits 2012 sei der Ansatz von 400 000 € im Jahr 2011 auf 710 000 € gestiegen. Ihn interessiere, wie die zusätzlichen Mittel verwendet würden und inwieweit die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) davon profitiere.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten erläutert, im vorliegenden Haushaltsplanentwurf würden zwei Haushaltsansätze aus den Vorjahren in Titel 685 70 zusammengeführt. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die zuvor im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums veranschlagt worden seien, würden nun im Einzelplan des Staatsministeriums an einer Stelle gebündelt.

Zum anderen seien Mittel, die die Baden-Württemberg Stiftung der SEZ in der Vergangenheit für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt habe, in den Kernhaushalt überführt worden, wodurch sich der Ansatz erhöhe. Da die klare Maßgabe bestehe, dass Gelder der Baden-Württemberg Stiftung keinen Ersatz für Haushaltsmittel darstellen sollten, würden die betreffenden Mittel also nicht mehr von der Baden-Württemberg Stiftung bereitgestellt. Sie würden künftig über die SEZ im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung in der Regel an Dritte weitergegeben und dienen der SEZ auch für ihre eigene Arbeit. Insofern profitiere sie auch unmittelbar von der Zusammenführung der Haushaltsmittel. Insgesamt liege lediglich eine geringfügige Steigerung der Mittelansätze vor.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU merkt an, wäre dies an entsprechender Stelle erwähnt worden, hätte sich seine Frage erübrigt.

Er fragt, wie inhaltlich begründet werde, dass der Ansatz in Titel 541 76 – Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union – von 111 000 € im Jahr 2012 auf 80 000 € in den Jahren 2013 und 2014 reduziert werde. 2011 habe das Ist bei 324 000 € gelegen.

Der Vertreter des Staatsministeriums teilt mit, im Einzelplan 02 hätten insgesamt Einsparungen vorgenommen werden müssen, so auch bei Titel 541 76. Durch die zuvor angesprochenen Einnahmen würden Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union mitfinanziert. Somit erfolge bei diesem Punkt keine Schlechterstellung.

Den Abgeordneten der Fraktion der CDU interessiert, ob sich die starken Einsparungen nicht auf die Veranstaltungen in Brüssel auswirkten. Er wolle wissen, wie hierbei weiter verfahren werde.

Der Minister legt dar, gegenüber 2012 handle es sich um Einsparungen in Höhe von 31 000 €. Er gehe davon aus, dass in der Vertretung des Landes in Brüssel in den kommenden Jahren ein gleich gutes Programm wie in der Vergangenheit geboten werde und somit die tatsächlichen Kosten reduziert würden. Er verweise dazu auf einen Bericht des Rechnungshofs. Auf dieser Grundlage seien Kosteneinsparungen vorgenommen worden. Bei der Zahl der Veranstaltungen solle kein wesentlicher Rückgang verzeichnet werden. Im Übrigen würde eine Reihe von Veranstaltungen in der Landesvertretung in Brüssel durch die Ministerien durchgeführt. Die Kosten dafür würden jeweils von diesen Ministerien getragen.

Im Vergleich zu den Mitteln anderer Landesvertretungen stünden der Landesvertretung Baden-Württemberg wenige Mittel zur Verfügung. Auch er hätte für diesen Bereich gern mehr. Gleichwohl gehe er nicht von einer künftigen größeren Reduzierung der Veranstaltungen in der Landesvertretung in Brüssel aus. Durch Einsparungen in seinem Ministerium erachte er es als möglich, die Einsparauflage zu erwirtschaften. Durch die Nutzung der Räumlichkeiten durch Dritte würden übrigens entsprechende Einnahmen erwirtschaftet.

Er bestätigt auf Nachfrage des Abgeordneten der Fraktion der CDU, dass die Kosten für Veranstaltungen bereits derzeit auf andere Ministerien verlagert würden.

Der Präsident des Rechnungshofs merkt an, mit der Begründung, dass die Höhe der Ansätze in Titel 125 76 ungewiss sei, seien dort bislang keine Mittel veranschlagt worden. Zugleich werde auf der Ausgabenseite mit diesen Einnahmen gerechnet. Somit stelle sich die Frage, ob die Höhe der Einnahmen nicht prognostiziert und entsprechend im Haushaltsplan eingestellt werden könne. Auch bei den Ausgaben sollte der tatsächliche Wert angesetzt werden. Mit dem praktizierten Verfahren werde die Verbindung von Einnahmen und Ausgaben übrigens nicht nur bei diesem Punkt verwischt.

Der Vorsitzende bedankt sich dafür, dass der Rechnungshof dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gegenüber angeregt habe, dies bei der Aufstellung des nächsten Haushalts zu berücksichtigen.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU führt zum Antrag 02/2 aus, seine Fraktion schlage vor, in Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung – 50 000 € und in Titel 531 03 – Internetauftritt der Landesregierung – 150 000 € einzusparen. Wenn die Ansicht bestehe, dass die Landesregierung gute Arbeit leiste, könne der Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zugestimmt werden.

Der Ministerpräsident erklärt, zu den Pflichten einer Regierung gehöre es, die Bevölkerung ordentlich zu informieren. Baden-Württemberg befinde sich bei den Mitteln hierfür am unteren Limit. Die Mittel der Staatskanzlei in Bayern betrügen sogar 2 Millionen €, während für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Baden-Württemberg lediglich 200 000 € aufgewandt werden sollten. An diesem Beispiel sei zu erkennen, dass Baden-Württemberg in Anbetracht seiner Haushaltslage die Mittel angemessen einsetze. Eine Einsparung in der Größenordnung, wie sie die CDU beantrage, halte er nicht für sachgerecht.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD ergänzt die Ausführungen des Ministerpräsidenten, die aufgegriffenen Ansätze würden im Vergleich zu 2012 bereits gesenkt. 2012 hätten sie bei 250 000 bzw. 650 000 € gelegen, während für 2013 und 2014 jeweils 200 000 bzw. 400 000 € ausgebracht würden. Die veranschlagten Mittel seien dringend notwendig. Er sehe keine Möglichkeit für eine weitere Senkung. Daher werde seine Fraktion den Antrag 02/2 ablehnen.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE äußert, sie stimme den Ausführungen ihrer beiden Vorredner zu. Die Bürger hätten heute viel höhere Anforderungen gerade an einen Internetauftritt. Baden-Württemberg sei hierbei im Vergleich mit anderen Ländern nicht mehr „State of the Art“. Informationen über das exekutive Handeln könnten nicht einfach genug aufgefunden werden. Die Ansätze in Titel 531 02 wiederum – Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung – lägen 2013 und 2014 noch unter dem Ist für 2011.

Ziffer 1 und Ziffer 2 des Antrags 02/2 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE führt zur Begründung des Antrags 02/3 aus, zwar seien die Ansätze in Titel 685 70 – Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen – im Haushaltsplan bereits erhöht worden. Mit dem vorliegenden Antrag solle aber eine weitere Erhöhung vorgenommen werden, um die Schwerpunkte „Vergaberecht im Bereich Fairtrade“ und „Globales Lernen“ anzugehen. Der Antrag sei aus einem Dialog der Entwicklungspolitiker heraus entstanden. Bei der vergaberechtlichen Umsetzung werde das Land mit Handreichungen gegenüber den Kommunen tätig. Dies solle weiterentwickelt und Praktiker sollten einbezogen werden. Außerdem sollten Kofinanzierungsmittel zum Projekt „Facilitating Global Learning“ zur Verfügung gestellt werden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP erklärt, seine Fraktion werde den vorliegenden Antrag ablehnen. Er halte den Antrag für „wolkig“ begründet und wäre froh, wenn globales Lernen bereits durch die Bildungspolitik im Land gewährleistet würde. Dann könnte sich die Politik den weiteren vorgetragenen Schwerpunkten zuwenden. Seines Erachtens komme das Land sehr gut ohne die zusätzlich beantragten Mittel aus.

Der letztgenannte Abgeordnete der Fraktion der CDU schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und stellt fest, es wäre besser, die angeführten Ziele mit den bereits veranschlagten Mitteln anzugehen.

Dem Antrag 02/3 wird mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0202 wird mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

wird bei einer Enthaltung genehmigt.

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

wird mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP führt aus, mit dem Antrag 02/4 beabsichtige die Fraktion der FDP/DVP, die Mittelansätze in Titel 531 02 – Für die Sacharbeit der Landeszentrale für Politische Bildung – in gleicher Höhe wie 2012 zu veranschlagen und somit um 200 000 € zu erhöhen. Ihn habe die geplante Kürzung der Mittel verwundert. Aus dem Entschließungsantrag 02/6 gehe hervor, dass die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung sogar verbessert werden sollte. Seine Fraktion halte deren Arbeit gerade zur Bekämpfung des Rechtsextremismus mit den Mitteln politischer Aufklärung für dringend notwendig. In den bisherigen Diskussionen habe er den Eindruck gewonnen, dass diesbezüglich Einigkeit bestehe.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE erörtert, für seine Fraktion komme der politischen Bildungsarbeit ein hoher Stellenwert zu. Dies gehe auch aus dem Entschließungsantrag 02/6 hervor. Wichtig sei auch die politische Bildungsarbeit, um Rechtsextremismus und rechtsextremen Handlungen vorzubeugen. Ihn freue, dass das Projekt „Team meX“ über die Baden-Württemberg Stiftung finanziert werde. Insoweit werde dieser Punkt gut gelöst.

Die Mittel für die Sacharbeit der Landeszentrale für politische Bildung bildeten immer wieder Gegenstand von Fraktions- und Haushaltsberatungen. Nach Ansicht seiner Fraktion sei eine akzeptable Lösung erzielt worden. Auch die Landeszentrale für politische Bildung müsse sich an den Einsparungen im Haushalt beteiligen.

Er weise darauf hin, dass die Landeszentrale für politische Bildung Einnahmen, die sie aus ihrer Tätigkeit generiere, selbst verwenden dürfe. Insoweit halte er die Lösung für akzeptabel.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU äußert, seine Fraktion unterstütze den Antrag 02/4. Er halte die Kürzungen bei der Landeszentrale für politische Bildung für völlig unverständlich. Sie stünden auch im Widerspruch zu den Ausführungen des Innenministers und von Abgeordneten der Fraktion GRÜNE im Landtag. So sei erklärt worden, aufgrund der anstehenden Aufgaben sollten die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung nicht gekürzt werden.

Das Projekt „Team meX“ sei bereits vor drei Jahren ins Leben gerufen worden. Es handle sich dabei um eine gute Maßnahme. Allerdings könne deren Förderung über die Baden-Württemberg Stiftung nicht als Begründung für die Kürzungen bei der Landeszentrale angeführt werden, da diese Förderung schon damals zusätzlich erfolgt sei.

Ihm sei völlig unverständlich, dass bei einem Haushalt wie dem vorliegenden, bei dem so „in die Vollen“ gegangen werde, ausgerechnet der Landeszentrale für politische Bildung die Mittel gekürzt würden.

Der Antrag 02/4 wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag 02/5 wird einstimmig zugestimmt.

Dem Entschließungsantrag 02/6 wird einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0205 wird mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

wird mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1212

Sammelansätze, Titel 531 03 Öffentlichkeitsarbeit für die Landesregierung

wird mehrheitlich genehmigt.

Der Ministerpräsident bedankt sich für die sachkundige Beratung des Einzelplans 02 und lädt die Mitglieder des Ausschusses nach Verabschiedung des Haushaltsplans 2013/2014 ins Staatsministerium ein.

Vorsitzender Karl Klein bedankt sich bei Ministerpräsident Kretschmann im Namen aller Mitglieder des Ausschusses für die Einladung.

04. 12. 2012

Claus Paal

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

02/1

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 2 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
547 80 (S. 29)	011	Sachaufwand		
			<i>statt</i> 50,0	50,0
			<i>zu setzen</i> 100,0	50,0
			(+50,0)	(+/-0,0)

20.11.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Die Mittel dienen der Unterstützung der Informationskampagne „Danube River Show“, in deren Rahmen 2013 verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Ziel ist es, kommunale und regionale Akteure in Politik und Verwaltung, Vertreter von NGOs (non government organisations) und SMEs (small and medium enterprises) über Möglichkeiten und Perspektiven der Donaunraumstrategie zu informieren.

Landtag von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

02/2**Änderungsantrag
der Fraktion der CDU****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
1. 531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung		
(S. 35)			<i>statt</i> 200,0	200,0
			<i>zu setzen</i> 150,0	150,0
			(-50,0)	(-50,0)
2. 531 03	013	Internetauftritt der Landes- regierung		
(S. 35)			<i>statt</i> 400,0	400,0
			<i>zu setzen</i> 250,0	250,0
			(-150,0)	(-150,0)

20.11.2012

Hauk und Fraktion

Begründung:

Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und die Gestaltung des Internetauftritts sind auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Der alles überwölbende Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des § 7 Landeshaushaltsordnung muss auch hier gelten. Die hohen Ansätze für die Öffentlichkeitsarbeit können mittlerweile nicht mehr durch Sondereffekte durch den Regierungswechsel begründet werden.

Auch unter dem Gesichtspunkt des Demokratieprinzips muss sich die Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Stellen stets in einem angemessenen Umfang bewegen. Sie soll informieren, aber nicht den demokratischen Diskurs bestimmen. Dies wird durch eine Absenkung der betreffenden Ansätze sichergestellt.

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

02/3

**Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD**

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen		
(S. 40)			<i>statt</i> 900,0	900,0
			<i>zu setzen</i> 1.000,0	1.000,0
			(+100,0)	(+100,0)

20.11.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Die zusätzlich in beiden Haushaltsjahren eingestellten Mittel werden jeweils hälftig zur Umsetzung der Schwerpunkte Vergaberecht und Globales Lernen eingesetzt:

1. Im Bereich der Anpassung des Vergaberechts auf den Bereich Fair Trade gibt es bereits einen vom Bund finanzierten Projektansatz, der auf Baden-Württemberg ausgebaut und zugeschnitten werden kann. Folgende Akzente sind denkbar: Einbindung von Praktikern (= beschaffende Beamten bei Land und den Kommunen, evtl. auch große Unternehmen) für die Ausarbeitung eines praxisorientierten Gesetzentwurfs unter Einbindung des hohen Sachverständs der Zivilgesellschaft/Wirtschaft.

Es werden damit drei Forderungen aus dem Entwicklungspolitik-Dialog aufgegriffen: Fortführung der Bürgerbeteiligung, neues Vergaberecht, Einbindung der Wirtschaft. Daneben sollen mit Veranstaltungen auch die in diesem Bereich in den Verwaltungen und Unternehmen tätigen Mitarbeiter für dieses Thema sensibilisiert und ihnen die vorhandenen Möglichkeiten des Vergaberechts aufgezeigt werden.

2. Um ein kohärentes Konzept zum Globalen Lernen außerhalb des formalen Bildungssektors zu erarbeiten, soll das länderübergreifende Projekt „Facilitating Global Learning“ mit Landesmitteln kofinanziert werden. Das Pilotprojekt will europaweit nutzbare Ansätze zur Verbesserung der Qualität des Globalen Lernens ausarbeiten und die Module für ein Kursangebot zur Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Baden-Württemberg testen. Das Kurskonzept soll dann bundes- und europaweit genutzt werden. Die Zuschüsse des Landes dienen der Kofinanzierung der bereits bewilligten Fördermittel des Bundes und der EU. Projektträger sind der Deab, finep, epiz sowie Partnerorganisationen in Portugal und Rumänien.

Landtag von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

02/4**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium**Kapitel 0205 Landeszentrale für politische Bildung**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
531 02	153	Für die Sacharbeit der Landeszentrale für politische Bildung		
(S. 86)			<i>statt</i> 847,2	847,2
			<i>zu setzen</i> 1.047,2	1.047,2
			(+200,0)	(+200,0)

und in der Erläuterung die
Ziffer 3 (Durchführung
regionaler und überregionaler
politischer Bildungs-
veranstaltungen (Lehrgänge,
Seminare, Studienreisen,
Vorträge u. dgl.) entsprechend
zu erhöhen und die
Gesamtsumme anzupassen.

20.11.2012

Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Die geplante Kürzung der Mittel bei der Landeszentrale ist ein Weg in die falsche Richtung – er muss korrigiert werden. Politische Bildung ist in Zeiten, in denen gesellschaftlich Politikverdrossenheit beklagt wird, herausragend wichtig. Die Landesregierung behauptet, auf mündige und aktive Bürger setzen zu wollen – dann müssen auch die Mittel für die politische Bildung beibehalten werden.

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

02/5

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0205 Landeszentrale für politische Bildung

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
531 02	153	Für die Sacharbeit der Landes- zentrale für Politische Bildung		
(S. 86)			<i>statt</i> 847,2	847,2
			<i>zu setzen</i> 877,2	877,2
			(+30,0)	(+30,0)

und die Erläuterung um folgende
Ziffer 6 zu ergänzen und die Summe
auf 877,2 Tsd. EUR anzupassen:

Erläuterung:	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:	
6. Unterstützung von Projekten zur Be- kämpfung des Rechtsextremismus	30,0
zus.	877,2

20.11.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Mit den Mitteln sollen Projekte unterstützt werden, die Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickeln. Die Organisation und Auswahl der Projekte soll durch die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit erfolgen.

Landtag von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

02/6**Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FPD/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014****Einzelplan 02 – Staatsministerium****Kapitel 0205 Landeszentrale für politische Bildung****S. 80**

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen:

1. Der demokratische Rechtsstaat lebt vom Mitdenken und Mittun seiner Bürgerinnen und Bürger. Der Landtag von Baden-Württemberg bekräftigt die hohe Bedeutung, die der politischen Bildung zur Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zukommt.
2. Der Landtag anerkennt die wichtige Aufgabe und die wertvollen Beiträge, die die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg seit vielen Jahren mit hohem Sachverstand und Engagement und in guter Zusammenarbeit partnerschaftlich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen leistet.
3. Der Landtag erachtet die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale als eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Erfüllung ihrer Ziele und sieht in der Landeszentrale eine Garantin für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildung.
4. Der Landtag begrüßt die Überlegungen der Landesregierung, zur Stärkung der Landeszentrale und zur Vertiefung ihrer demokratischen Verwurzelung im politischen Diskurs die Verantwortung für die Landeszentrale in den Geschäftsbereich des Landtags zu übertragen. Er geht davon aus, dass die erforderliche Umsetzung von Mitteln und Stellen gemäß § 50 Landeshaushaltsordnung im Haushaltsvollzug erfolgt.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

im engen Dialog mit der Verwaltung des Landtags und unter Einbindung des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung die notwendigen Schritte für einen Wechsel der Verantwortung für die Landeszentrale vom Staatsministerium in den Geschäftsbereich des Landtags vorzubereiten.

20.11.2012

Hauk und Fraktion
Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion
Dr. Rülke und Fraktion

Seite 1 von 1 zu 02/6